

DEUTSCHE WIRTSCHAFT DIE WIRTSCHAFT DER BUNDESREPUBLIK IM FRÜHJAHR 1968

Auf dem erneuten Wege nach oben hat die Wirtschaft der Bundesrepublik zur Zeit ungefähr wieder die Höhe erreicht, von der sie im Frühjahr 1966 in das tiefe konjunkturelle Tal abrutschte. Sie konnte diese Position deshalb bereits jetzt — für manche Beobachter schneller als erwartet — erreichen, weil „der Treibsatz der konjunkturpolitischen Maßnahmenkombination von Investitionshaushalten und von steuerlichen Anreizen für Investitionen im Jahre 1967 gezündet hat“, wie es Prof. Schiller zur Eröffnung der Hannover-Messe ausdrückte¹⁾.

Die Konjunkturpolitik der Bundesregierung war die entscheidende Hilfe für die Wirtschaft, um die Rezession zu überwinden. Wird die Wirtschaft aber, ohne daß der Staat erneut mit konjunkturbelebenden Maßnahmen eingreifen muß, den weiteren Weg bergauf in einem befriedigenden Tempo gehen können? Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in der Bundesrepublik bejahen diese Frage. In ihrem am 30. April veröffentlichten Gemeinschaftsgutachten über „Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1968“²⁾ heißt es hierzu: „... neuen Maßnahmen anregender Art würde die sachliche Begründung fehlen.“

Demgegenüber hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in ihrer zwei Tage nach dem Gemeinschaftsgutachten bekannt gewordenen Konjunkturanalyse der Bundesregierung eine zusätzliche Konjunkturförderung empfohlen. Die Sachverständigen der OECD rechnen für das 2. Halbjahr 1968 schon wieder mit einer Abschwächung des Wachstums. Allerdings erwarten auch die deutschen Wirtschaftsforscher in ihrem Gemeinschaftsgutachten: „Im weiteren Verlauf dieses Jahres werden die wirtschaftlichen Auftriebskräfte nicht ganz so stark sein wie in der Zeit von Mitte 1967 bis zum Frühjahrsbeginn 1968. Das Wachstumstempo dürfte sich aber nur wenig abschwächen ...“

Die Institute schätzen die reale Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts im 2. Halbjahr 1968 auf 4,7 vH (im Jahresvergleich.) gegenüber 5,2 vH im 1. Halbjahr. Für das ganze Jahr 1968 würde sich daraus eine Zunahme des realen Sozialprodukts um knapp 5 vH ergeben. Damit würde das von der Bundesregierung in ihrem Jahreswirtschaftsbericht 1968 aufgestellte Ziel von 4 vH Wirtschaftswachstum in diesem Jahr nicht unerheblich übertroffen³⁾. Deshalb halten die Wirtschaftsforschungsinstitute weitere staatliche Konjunkturmaßnahmen für nicht erforderlich.

Ist der Konjunkturaufschwung dauerhaft?

Allerdings sind selbst dann, wenn sich die Prognose der Institute als richtig erweisen sollte, die — nach der überwundenen Rezession — vorhandenen Möglichkeiten für ein den Geldwert nicht gefährdendes Wirtschaftswachstum nicht voll ausgeschöpft. In seinem letzten Jahresgutachten hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung — wie den meisten Lesern bekannt sein wird — dargelegt, daß in diesem Jahr ohne Gefahr für den Geldwert ein reales Wirtschaftswachstum von 6,4 vH möglich ist, freilich unter den Bedingungen eines von den Sachverständigen vorgeschlagenen „Rahmenpaktes für Expansion und Stabilität“⁴⁾. Die OECD hat sich für eine Zuwachsrate von 5 bis 5,5 vH in diesem und im nächsten Jahr ausgesprochen.

In diesem Zusammenhang ist es gut zu wissen, daß ein Wachstum von 5 vH in diesem Jahr im Vergleich zu 1966 nur eine Erhöhung des Bruttosozialprodukts um knapp 5 vH bedeutet. Verglichen mit 1965, also in einem Zeitraum von drei Jahren, würde das Sozialprodukt nur um 7,7 vH (real, ohne Einrechnung des gleichzeitigen Preisanstiegs) gestiegen sein. Bei einer Wirtschaftspolitik, die den Vorstellungen der gegenwärtigen Bundesregierung und insbesondere ihres Wirtschaftsministers entspricht, wäre ein Wachstum von etwa 14 vH möglich gewesen. Die Differenz ist das Ergebnis der Rezession; ein Wachstumsverlust von über 26 Md. DM allein im Jahre 1968, der zu Lasten der Regierung Erhard geht.

Bei Vergleichen zwischen Monaten und Quartalen in diesem Jahr mit denen des Vorjahres werden die Zuwachsraten in der zweiten Jahreshälfte selbst dann etwas niedriger sein, wenn keine konjunkturelle Abschwächung erfolgt. Das liegt daran, daß die Basiszahlen des vergangenen Jahres in der ersten Hälfte die Talsohle widerspiegeln, in der zweiten Hälfte aber bereits aufwärts gerichtet waren. Von diesen statistischen Gründen abgesehen, ist aber auch deshalb im 2. Halbjahr dieses Jahres ein niedrigeres Wachstum wahrscheinlich, weil sich in der ersten Jahreshälfte noch das im September 1967 beschlossene zweite Konjunkturprogramm der Bundesregierung auswirken wird. Dieses Programm erforderte 5,3 Md. DM an staatlichen Mitteln; einschließlich der durch Darlehen und Zinsverbilligungen aktivierten Mittel umfaßt es etwa 9 Md. DM. Bis Ende 1967 waren hiervon Aufträge in Höhe von 4 Md. DM, bis Mitte April 1968 in Höhe von 8 Md. DM vergeben worden.

- 1) Bulletin der Bundesregierung vom 30. 4. 1968, S. 417 ff.
- 2) Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom 2. 5. 1968.
- 3) Zum Jahreswirtschaftsbericht 1968 siehe GM, H. 4/1968, S. 207 ff.
- 4) Siehe GM, H. 1/1968, S. 1 ff.

Massenkaufkraft ist noch nicht kräftig genug

Ob die Wirtschaft auch in der zweiten Jahreshälfte, wenn die staatlichen Konjunkturspritzen nicht mehr wirken, in befriedigendem Maße expandiert, wird entscheidend von der Entwicklung der Massenkaufkraft abhängen. „Es gibt keinen Grund für irgendwelche Zweifel an der Dauerhaftigkeit der Expansion“, sagte Prof. Schiller anlässlich der Eröffnung der Hannover-Messe⁵⁾, und er fügte die Bedingung hinzu, „vorausgesetzt, daß die Massenkaufkraft nicht zurückbleibt“. Ähnlich steht es im Bericht des Bundeswirtschaftsministeriums über die Wirtschaftslage im Februar 1968: „Eine Stärkung der Konsumkonjunktur durch eine angemessene Ausweitung der Masseneinkommen bleibt . . . wichtig, um der im Gang befindlichen Aufschwungsbewegung die notwendige Tragfähigkeit und Dauerhaftigkeit zu geben.“

Soweit es die Löhne und Gehälter betrifft — sie machen fast 60 vH der Nettoeinkommen aus — ist noch viel nachzuholen, wenn die konjunkturelle Expansion von Dauer sein soll. In Hannover gab der Bundeswirtschaftsminister bekannt, daß die in diesem Jahr bis zum April abgeschlossenen Tarifierhöhungen für die betroffenen Branchen, auf das ganze Jahr gerechnet, eine Steigerung der Tariflöhne von 3,2 vH ergeben. Das Tariflohniveau für die gesamte Wirtschaft ist kaum stärker gestiegen; hierbei machen sich auch die Auswirkungen von Tarifloohnerhöhungen im Jahre 1967 bzw. von Stufenerhöhungen bemerkbar, die zwar im vorigen Jahr vereinbart, aber erst in diesem Jahr in Kraft getreten sind. Die Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten andererseits für dieses Jahr eine Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität um 5 vH. Zweifellos ist demnach der Spielraum für Lohnerhöhungen noch lange nicht ausgeschöpft. Wenn tarifliche Lohn- und Gehaltserhöhungen von etwa 5,5 bis 7,5 vH im Laufe des 2. Vierteljahres oder zur Jahresmitte wirksam werden, würden sie völlig den aktuellen konjunkturpolitischen Erfordernissen entsprechen.

Zu geringe Lohnerhöhungen hemmen den Aufschwung

Anderenfalls muß befürchtet werden, daß sich das Wachstumstempo recht bald wieder spürbar abschwächt. „In der Marktwirtschaft werden Investitionen nur dann honoriert, wenn auch die Endnachfrage entsprechend zunimmt“, stellte der Bundeswirtschaftsminister vor den zur Eröffnung der Hannover-Messe versammelten Unternehmern fest, und sein Ministerium schreibt: „Ohne die Festigung des Konsums würde der wieder wachsenden Bereitschaft der Unternehmen, in Anlagen zu

investieren, über kurz oder lang die Basis entzogen, zumal wenn künftig die Expansionsmöglichkeiten im Export zum Teil nicht mehr so günstig sein sollten. Für eine nachhaltige Festigung der Investitionsneigung ist die seit Mitte vergangenen Jahres erkennbare Besserung der Unternehmenserträge, so sehr sie Voraussetzung war für ein Wiedererstarken der Investitionsneigung, vermutlich nicht ausreichend: diese muß gepaart sein mit einer spürbaren Zunahme der vorerst immer noch wenig befriedigenden Nutzung der technischen Kapazitäten.“ Auch nach Ansicht des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs ist eine „relativ kräftige Erhöhung des effektiven Einkommens je Beschäftigten“ erforderlich, wenn der weitere Konjunkturaufschwung nicht durch eine schleppende Entwicklung des Endabsatzes an die privaten Haushalte gehemmt werden soll.

Das Zurückbleiben der Löhne und Gehälter bekommt der Einzelhandel deutlich zu spüren. Seine Umsätze lagen in dem Zeitraum Januar bis April 1968 nur um etwa 1 vH über dem entsprechenden Jahresergebnis. Auch auf der im ganzen zufriedenstellenden Hannover-Messe gab es im Bereich der Konsumgüterindustrie manche Enttäuschung.

Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute rechnen in ihrem Gemeinschaftsgutachten damit, daß die Lohn- und Gehaltssumme in diesem Jahr *brutto* um 6 vH und — nach Abzug der erhöhten Sozialversicherungsbeiträge und der progressiven Lohnsteuer — *netto* um 4,5 vH höher sein wird als 1967. Dabei wird für das 2. Halbjahr eine Zunahme gegenüber der gleichen Vorjahrszeit um 7,5 vH *brutto* und 6 vH *netto* angenommen; im 1. Halbjahr sind die entsprechenden Zahlen 4 bzw. 3 vH. Indessen ist es unseres Erachtens noch völlig offen, ob sich in den nächsten Monaten Tarifloohnerhöhungen in dem von den Instituten angenommenen und in dem konjunkturell erforderlichen Ausmaß durchsetzen lassen. Der Widerstand der Arbeitgeberverbände gegen Lohnerhöhungen in dem volkswirtschaftlich gebotenen Ausmaß ist stark, auch wenn ihre Vertreter im Rahmen der Konzertierten Aktion grundsätzlich angemessene Lohnerhöhungen befürworten; über das, was „angemessen“ ist, läßt sich natürlich streiten.

Stark wachsende Gewinne

Von gewerkschaftlicher Seite wird jedenfalls entschieden bestritten, daß die Gewinne, die bei einer Erhöhung der Lohn- und Gehaltssumme von brutto 6 vH und netto 4,5 vH den Unternehmern bleiben, noch angemessen sind. Die Wirtschaftsforschungsinstitute rechnen für dieses Jahr mit einem Anstieg der

⁵⁾ Bulletin der Bundesregierung vom 30. 4. 1968, S. 418.

„Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ um *brutto* 11 vH und *netto* 15 vH. Der Einwand, daß die Gewinne 1967 niedriger waren als 1966 und deshalb 1968 stärker steigen müßten, ist keine Rechtfertigung für die hohen Gewinnsteigerungen in diesem Jahr. Ein Vergleich über zwei Jahre hinweg macht dies deutlich. Vorausgesetzt, die Annahmen der Wirtschaftsforscher treffen zu, so werden sich die Nettogewinne von 1966 bis 1968 um 12,1 vH erhöhen, die Nettolöhne und -gehälter aber nur um 4 vH. Selbst ein Vergleich mit 1965, dem Jahr vor dem Abrutschen in die Rezession, geht zugunsten der Gewinne aus. Diese steigen in den drei Jahren bis 1968 um 13,4 vH, die Nettoarbeitseinkommen nur um 10,3 vH. Die unverteilt, zur Investitionsfinanzierung und damit zugleich zur Vermögensbildung im Unternehmen verwendeten Gewinne werden nach den Vorausschätzungen sogar eine Rekordhöhe erreichen: Gegenüber dem vergangenen Jahr steigen sie auf das 2,4fache an, gegenüber 1966 um 65 vH und gegenüber 1965 um 19 vH.

Soziale Symmetrie im Zeitablauf sichern

Für die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften entsteht demnach ein erheblicher Nachholbedarf an Lohn- und Gehaltserhöhungen. Auch im Rahmen der Konzertierten Aktion wird es offensichtlich nicht viel anders werden, als es in den bisherigen Konjunktur- und Wachstumszyklen war: In der Aufschwungphase eilen die Gewinne voraus und die Löhne und Gehälter werden während der Hochkonjunktur und im Konjunkturabschwung nachziehen, indem sie dann stärker als die Gewinne zunehmen. Besser wäre es freilich, wenn die Entwicklung der Gewinne einerseits und der Löhne und Gehälter andererseits in der Aufschwungphase nicht so stark voneinander abwichen. Solange dies nicht gelingt, müßte im Rahmen der Konzertierten Aktion „schon heute garantiert werden, daß die Arbeitgeber, sobald die Produktionsmöglichkeiten wieder voll ausgeschöpft sind, Lohnzugeständnisse machen, die dann über die Zuwachsraten ihrer Gewinne hinausgehen, und es muß sichergestellt werden, daß diese überproportionalen Lohnerhöhungen von ihnen und von der Öffentlichkeit als gerecht und als volkswirtschaftlich richtig anerkannt werden ... Jedenfalls müßte die Bundesregierung zu entsprechenden Erklärungen bereit sein, und die Bundesbank müßte stillhalten“⁶⁾. Prof. Schiller hat in Hannover vor den Unternehmern erneut darauf hingewiesen, „daß die Gewerkschaften die notwendige Erhöhung des Gewinnspielraums für die Unternehmen im Rahmen der Konzertierten Aktion schon im vorigen Jahr anerkannt haben“⁷⁾. Dann ist es ein Gebot der Fairneß, daß umgekehrt Arbeitgeber, Bundesregierung und Bundesbank das Nachziehen der

Löhne und Gehälter tolerieren. Das gehört zur „sozialen Symmetrie im Zeitablauf“, nämlich innerhalb eines Konjunktur- oder Wachstumszyklus.

„Noch hat die Industriewirtschaft — bildlich gesprochen — sich nur aus dem Keller, in den sie vor einem Jahr abrutschte, wieder auf jene Beletage begeben, wo sie bereits zwei Jahre vorher fest einquartiert war.“ Mit diesem Bild beschrieb Prof. Bruno Gleitze in seinem Konjunkturbericht im April-Heft der *Mitteilungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften* die gegenwärtige Lage. Im weiteren Verlauf dieses Jahres muß der Umzug in höhere Etagen erfolgen. Hierzu bedarf es aber einer gegenüber jetzt verstärkten Massenkaufkraft, was eine größere Expansion der Löhne und Gehälter erfordert.

Außerdem sollte jede Maßnahme unterlassen werden, die die Belebung des Verbrauchs hemmt. Leider hat sich der Gesetzgeber nicht zu einer Aufhebung seines im Herbst vorigen Jahres gefaßten, konjunkturpolitisch falschen und auch sonst nicht gerade sinnvollen Beschlusses, die Mehrwertsteuer am 1. Juli von 10 auf 11 vH (bzw. von 5 auf 5,5 vH) zu erhöhen, durchringen können. Infolgedessen wird es vermutlich in diesem Sommer auf breiter Front zu Preiserhöhungen und damit zu einer Einengung der (realen) Massenkaufkraft kommen. Das unvernünftige Festhalten an dem Steuererhöhungsbeschuß — der übrigens groteskerweise zu einer Zeit erfolgte, als die Mehrwertsteuer noch nicht einmal eingeführt war — wird vor allem damit begründet, daß endlich „Ruhe an der Steuerfront“ herrschen müsse. Indessen ist es gerade umgekehrt so, daß durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer größte Unruhe geschaffen wird; z. B. müssen die Preiskalkulationen schon wieder geändert werden. Wer wirklich „Ruhe an der Steuerfront“ will, der müßte auf die Mehrwertsteuererhöhung verzichten.

Kräftige Zunahme der Investitionsneigung

Während im bisherigen Verlauf des Jahres vom *privaten Verbrauch* keine belebenden Impulse auf die Konjunktur ausgingen, ist die *Investitionsbereitschaft* der Unternehmer kräftig gewachsen; vor allem hierauf ist der Aufschwung seit dem Herbst zurückzuführen. Die starke Expansion der *Auslandsnachfrage* und der *Ausfuhr* hält zwar an, zugleich nimmt aber die *Einfuhr* stärker zu als noch vor wenigen Monaten, so daß der Außenhandelsüberschuß konjunkturell zurückgeht. Wie erwartet, hat sich die starke *Aufstockung der Vorratslager* sehr anregend ausgewirkt. Die Wirtschaftsforschungsinstitute haben geschätzt, daß

6) GM, H. 1/1968, speziell S. 5 f.

7) Bulletin vom 30. 4. 1968, S. 419.

DEUTSCHE WIRTSCHAFT

die Vorräte allein im 1. Halbjahr 1968 wertmäßig um 5 Md. DM zunehmen werden; demgegenüber wurden die Vorratslager im 1. Halbjahr 1967 infolge der Rezession um 2,2 Md. DM abgebaut.

Ober die Verwendung des Sozialprodukts ist in dem Gemeinschaftsgutachten der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute folgende Vorausschätzung der Zuwachsraten (in vH) gemacht worden:

Zuwachsraten in vH

Verwendungsart	In jeweiligen Preisen			1968 in konstanten Preisen
	1. Hj. 1968	2. Hj. 1968	1968	
Privater Verbrauch	3,5	5,0	4,5	2,0
Staatsverbrauch	4,5	5,5	5,0	2,0
Ausrüstungsinvestitionen	7,5	10,0	9,0	7,0
Bauinvestitionen	5,0	11,5	8,5	5,5
Ausfuhr	7,5	7,0	7,0	7,0
Einfuhr	11,5	10,0	11,0	10,5
Bruttosozialprodukt	6,5	7,5	7,0	5,0

Im 1. Vierteljahr 1968 nahmen die *Auftragsrückgänge in der Industrie* dem Werte nach gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit um 13 vH zu⁸⁾. Die Auftragsbücher füllten sich mit Inlandsaufträgen ebenfalls um 13 vH mehr als vor einem Jahr und um 12 vH mehr mit Auslandsaufträgen. Allerdings sind die diesjährigen Werte ohne Mehrwertsteuer gerechnet, während die Vorjahrswerte die kumulative Umsatzsteuer enthalten. Die höchsten Zuwachsraten hatte die Investitionsgüterindustrie zu verzeichnen. Dabei ist freilich zu berücksichtigen, daß in diesem Bereich vor einem Jahr die stärksten Auftragsrückgänge erfolgten.

Durch die Besserung der Auftragslage erhielt die *Industrieproduktion* fühlbare Impulse. Im 1. Vierteljahr 1968 produzierte die Industrie in der Bundesrepublik 7 vH mehr als ein Jahr zuvor. Das Ergebnis von vor zwei Jahren, im 1. Vierteljahr 1966, wurde um 1 vH übertroffen. Bemerkenswert ist, daß im 1. Vierteljahr 1968 die Zuwachsraten von Monat zu Monat höher wurden: Im Januar 1968 war die Produktion um 5 vH höher als im entsprechenden Vorjahrsmonat, im Februar um 7 vH und im März um 9 vH. Das März-Ergebnis war zugleich um 3 vH größer als das vom März 1966. In der Grundstoffindustrie betrug die Zuwachsrate im 1. Vierteljahr 1968 gegenüber dem 1. Vierteljahr 1967 10 vH, in der Investitionsgüterindustrie 6 vH und in der Verbrauchsgüterindustrie 8 vH, im Baugewerbe war die Leistung um 3 vH niedriger.

Die *Ausfuhr* betrug im 1. Vierteljahr 23,3 Md. DM, 12,3 vH mehr als im gleichen Vorjahrszeitraum. Die *Einfuhr* erhöhte sich um 15,5 vH auf 19 Md. DM. Im 2. Halbjahr 1967 war die Einfuhr noch um 1,6 vH zurückgegangen. Dieser Wandel in der Entwicklung der Einfuhr ist ein erfreuliches Zeichen für den

erneuten Konjunkturaufschwung. Er hat bewirkt, daß der *Ausfuhrüberschuß* im 1. Vierteljahr 1968 mit 4,3 Md. DM nicht höher war als vor einem Jahr.

Die Zahl der *Arbeitslosen* ging im April weiter um 129 000 auf 330 000 zurück. Das waren 170 500 weniger als vor Jahresfrist. Die Arbeitslosenquote war Ende April mit 1,6 vH aber immer noch doppelt so hoch, als sie — auch nach Auffassung der Bundesregierung — bei Vollbeschäftigung sein darf.

Günter Pehl

8) Dieser Bericht wurde am 12. Mai 1968 abgeschlossen. Bis dahin lagen Angaben über die Auftragslage, den Außenhandel und die Industrieproduktion nur bis zum Monat März 1968 vor.